

Nr. **XIX. GP-NR**  
1769 /J  
1995 -07- 14

## ANFRAGE

der Abgeordneten Apfelbeck, KR Schöll, Rosenstingl  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend die Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige GesellschaftmbH

Im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1993, III-6 d.B., wird im Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Finanzen unter anderem die Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige GesellschaftmbH behandelt.

Nach übereinstimmenden Erfahrungen des Rechnungshofes und des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen beträgt das Liquiditätserfordernis für den laufenden Geschäftsbetrieb der überprüften Gesellschaft rd. 24 Mio. Schilling.

Obwohl die Gesellschaft mit einem Bankguthaben von 27,7 Mio. Schilling über ausreichend liquide Mittel verfügte, hat sie 70,3 Mio. Schilling in Wertpapieren angelegt und damit einen fünfmal höheren Betrag zum Ankauf von Wertpapieren als zur Finanzierung des Wohnbaues verwendet.

Zur Ausfinanzierung der Wohnbauten nahm die Gesellschaft trotz ausreichend vorhandener Eigenmittel Fremdmittel auf, deren Zinssätze durchschnittlich 9% jährlich betragen und zur Gänze den Mietern weiterverrechnet wurden. Daher mußten die Mieter rd. 3 Millionen Schilling mehr an Grundmieten zahlen, als sie hätten entrichten müssen, hätte die Gesellschaft ihre Eigenmittel dem Gesetz entsprechend eingesetzt.

Da sich aus diesem Kapitel des Tätigkeitsberichtes 1993 des Rechnungshofes einige Fragen ergeben, dieses Kapitel jedoch bei den Beratungen des Rechnungshofausschusses nicht näher behandelt wurde, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

## ANFRAGE

1. Ist Ihnen das Ergebnis der Rechnungshofprüfung bekannt und wenn ja, inwieweit schließen Sie sich der Kritik des Rechnungshofes an?
2. Welche Organe, d.h. Geschäftsführer usw. hat die Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige GesellschaftmbH und wer hat jeweils in den letzten 10 Jahren diese Ämter bekleidet?
3. Aufgrund welcher Überlegungen hat die Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige GesellschaftmbH Wertpapiere angekauft, d.h. welche Vorteile hat sich das Unternehmen durch den Ankauf von Wertpapieren im Vergleich zum Ein-

setzen dieser Mittel für Zwecke des sozialen Wohnbaues erhofft, und inwieweit wurden diese erhofften Vorteile auch in der Realität erfüllt?

4. Wer (Namen und Funktionen) hat den Ankauf von Wertpapieren beschlossen und wer hat die später angekauften Wertpapiere ausgewählt?
5. Wie hat sich der Stand an Wertpapieren seit Ende der Rechnungshofprüfung verändert und wie hoch ist er derzeit?
6. Sofern der Stand an Wertpapieren gesenkt wurde, wie wurden die dadurch frei gewordenen Mittel eingesetzt?
7. Wie hoch war der Stand an liquiden Mittel jeweils am 1. Jänner bzw. am 1. Juni der Jahre 1993, 1994 und 1995?
8. Wie hoch waren jeweils in den letzten 5 Jahren die jährlichen Einnahmen bzw. die jährlichen Ausgaben der Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige Gesellschaft mbH?
9. Wie setzen sich die Einnahmen der Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige Gesellschaft mbH zusammen?
10. Wie setzen sich die Ausgaben der Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige Gesellschaft mbH zusammen?
11. Wie hoch war jeweils in den letzten 5 Jahren der Stand an Fremdmittel und wie schlüsseln sich diese Summen nach Projekten (Bundesland, Art des Projektes etc.), Zeitpunkt der Aufnahme der Darlehen, Höhe der Zinsen etc. auf?
12. Gibt es bezüglich der Zahlen und Daten der Fragen 7 - 11 Vergleiche zu anderen, d.h. vergleichbaren Unternehmen und wenn ja, wie schneidet das geprüfte Unternehmen bei einem solchen Vergleich ab?
13. Finden Sie es gegenüber den Mietern vertretbar, daß Mieten aufgrund nicht nötiger Hypothekendarlehen erhöht wurden und welche Maßnahmen haben Sie bislang getroffen, daß derartige Mißstände abgestellt werden?